

Zwist in der Basler SP

Autor(en): Rudolf Messerli
Quelle: Basler Stadtbuch
Jahr: 1981

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/d2a03c12-3d16-4aa1-a064-25f72ec5fa8c>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

Rudolf Messerli

Zwist in der Basler SP

«Geschätzter Genosse, ich teile Dir mit, dass ich mit sofortiger Wirkung aus der Sozialdemokratischen Partei Basel-Stadt austrete...»

Am Abend des 22. Mai 1981, als die Arbeit so gut wie getan war (an Freitagen drängt man sowieso darauf, rechtzeitig fertig zu sein), liess Karl Schnyder, Regierungsrat, Vorsteher des Polizei- und Militärdepartements, eine Bombe in die Basler Redaktionsstuben tragen, deren Detonation anderntags weitherum in der Schweiz gehört wurde. Die SP hatte ihren Fall (oder war sie ihn los?), und in der Basler Exekutive sass fortan der zweite Ehemalige.

Es war keine Affekthandlung, sagte der Sozialdemokrat ohne Parteibuch ein paar Tage später in einem Zeitungsinterview; der Austritt aus der Partei sei auch nicht vorprogrammiert gewesen. Obwohl: Konsequenzen hätte es schon früher zu ziehen gegeben, sei ihm von Freunden vorgehalten worden. Er habe sie damals bewusst nicht gezogen.

«Damals» war im Herbst davor, als den Polizeidirektor (und die Presse) ein Schreiben des Parteipräsidenten erreichte, worin ihm dieser «klipp und klar» die baldige Erschöpfung seiner Geduldsreserven bekanntgab. Anstoss des von sechs führenden Parteigenossen mitunterzeichneten Briefs waren Polizeieinsätze im Zusammenhang mit den Häuserbesetzungen an der Ryffstrasse gewesen. Aber es stand in dem Brief auch die mahnende Erinnerung an einen im Jahr zuvor beinahe eingetretenen Bruch zwischen dem Regierenden und seiner Partei.

Es war also der Brief vom Herbst 1980, in welchem Karl Schnyder nichts weniger als der Entzug der Unterstützung angedroht wurde, eigentlich nur so etwas wie die Fortsetzung in verschärfter Gangart. Aneinandergeraten waren die Sozialdemokraten schon bei früheren Gelegenheiten: Beteiligung der Basler Polizei in Gösgen, Busipo-Diskussion (Polizeidirektor Schnyder hätte eine Bundes-Sicherheits-Polizei entgegen der Auffassung der Parteigremien nicht ungerne gesehen; verständlich: als Polizeidirektor) und so fort.

Es war offenbar die Dauer des latenten Friktionszustands, und es waren gewiss auch die einzelnen Reibungsverluste, die Karl Schnyder in seiner Austrittserklärung zusammenfassen liess: «Ich kann und will es den in diesen Tagen schwer belasteten Mitarbeitern meines Departements nicht mehr länger zumuten, von der Partei ihres eigenen Vorstehers öffentlich angegriffen und diskreditiert zu werden.»

Die Reaktionen waren nicht einmal besonders geteilt. Vertreter anderer Parteien äusseren in spontanen und persönlichen Aussagen Bedauern über den Schritt, Bedauern und irgendwie auch Verständnis. Der Präsident des Landesrings fand ihn zwar voreilig, aber trotzdem auch mutig. Aufrichtigkeit und Verantwortungsbewusstsein wurde Schnyder von einem Liberalen attestiert; CVP- und FDP-Sprecher betonten das Prinzip der kollegialen Geschäftsführung in der Regierung, in schweizerischen Exekutiven überhaupt, und bekundeten Bedauern über die parteiliche Solostel-

lung Schnyders. Ob er sich, solcherart gestützt, wohl gelegentlich einer andern Partei zuwenden könnte? Die Frage wurde ihm x-mal gestellt, und er verneinte sie stets: «Ich bleibe Sozialdemokrat», ist sein Leitwort.

Da war die Partei begrifflicherweise anderer Auffassung. Für sie war Schnyder fortan Luft. Oder sagen wir: die Bemühungen wurden herausgestrichen, die Probleme in einer Art und Weise zu bewältigen, bei denen es einen «Faktor Schnyder» nicht gab. Helmut Hubacher, Vize der Basler SP und Präsident der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, buchte in einem Interview die Frage nach der Legitimation der weiteren Amtsausübung durch Schnyder mit der Bemerkung ab: «Er ist für vier Jahre gewählt, und damit ist diese Frage beantwortet.» Ein einmaliger Abschreibungsaufwand sozusagen. Und die Geschäftsleitung der SP Basel-Stadt hatte schon ein paar Tage zuvor erklärt, sie werde sich «doppelt bemühen, ihre Reihen zu schliessen, ihre Arbeit und ihren Kampf für die Schwächeren dieser Gesellschaft fortzusetzen». Das sei ihr geschichtlicher Auftrag, dafür sei sie «auf dem langen Marsch», daran lasse sie sich auch von einem abgesprungenen Mandatär nicht hindern. «In der SP», schloss das Statement, «gibt es viele Meinungen, verschiedene Gruppierungen und unterschiedliche Standpunkte. Aber es gibt für alle das gleiche Ziel: Einzustehen für eine bessere und gerechtere Gesellschaft.»

War das alles Schnyders Ziel nicht, und war die ganze SP, was das Ziel betraf und Schnyders Schritt, einer Meinung?

Letzteres zuerst: Offenkundig nicht. Sukkurs wurde Karl Schnyder aus den eigenen Reihen zuteil, noch bevor die Geschäftsleitung offiziell hatte reagieren können. 18 Grossrätinnen und Grossräte – und das war immerhin knapp die Hälfte der 37köpfigen Fraktion der

Sozialdemokraten und Gewerkschafter – verkündeten stante pede Solidarität mit dem Ausgetretenen und Widerspruch zur Parteiführung: «Auch wir stellen fest, dass von den für diesen Parteiaustritt verantwortlichen Führungsorganen der SP eine Politik vertreten wird, die unserer sozialdemokratischen Grundhaltung und damit auch dem mehrheitlichen Wählerauftrag klar widerspricht.»

Die Grundhaltung, das Ziel? Die Frage nach dem guten Linken war nicht mehr zu unterdrücken. SPS-Präsident Hubacher beantwortete sie am 29. Mai in der Basler Zeitung so: «Wir können in den nächsten 30 Jahren nicht so weitermachen, wie wir das in den letzten 30 Jahren gemacht haben. Die Jungen, aber auch Ältere sagen: Der Preis ist uns dafür zu hoch. Diese Auseinandersetzung spielt sich in unserer Partei ab, und da stelle ich fest, dass die Pragmatiker aus guten Gründen, aber völlig monopolisiert erklären: die einzig richtige sozialdemokratische Politik ist die der 50er und 60er Jahre. Jene Politik war sehr autoritär und autoritätsgläubig.»

Nur gingen die von Hubacher als «Pragmatiker» Eingestuften einen zünftigen Schritt weiter und prangerten die SP-Parteiführung in Basel als von Linksextremisten unterwandert an. Widerrede Hubachers: «In diesem Vorwurf kommt ein völliges Unverständnis gegenüber einer Politik zum Ausdruck, die ich als Politik des radikalen Humanismus bezeichnen möchte: Die Leute, die für eine solche Politik eintreten und sich für mehr als reinen taktischen Pragmatismus einsetzen, sind nicht einfach «Linke», sondern alte und junge Männer und Frauen, die gegenüber neuen Problemen auch neue Lösungen suchen.»

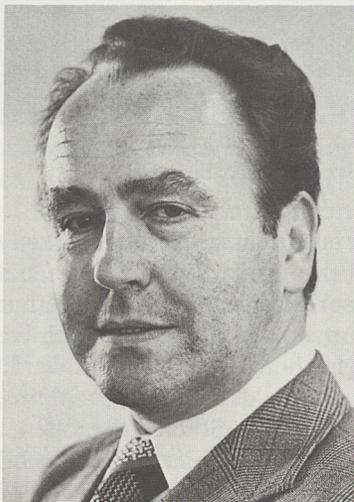
«Politik des radikalen Humanismus»: Karl Schnyder würde so etwas wohl nie in den Mund nehmen. «Radikaler Humanismus»: Was immer es auch sei, zu Schnyder passt es

nicht. Zu Schnyder passen geradlinige Ordnungsvorstellungen; was davon abweicht, ist intellektuelles Schnörkelwerk. Nicht von ungefähr war er 30 Jahre lang Mitglied der Sozialdemokraten, war er jahrelang Gewerkschafter und kämpfte er als solcher mit der ihm eigenen Verbissenheit (und ein bisschen sicher auch mit dem ihm eigenen Instinkt für Macht) für die Interessen derer, für die die Gewerkschaft schliesslich da ist (und um das, was von der Gewerkschaft schliesslich erwartet wird). Da gab es dieses verdammt unfeine Qualifikationswort, Schnyder habe noch nie ein Buch gelesen. Das war unter der Gürtellinie; natürlich liest Karl Schnyder. Er hat nur nie den Anspruch erhoben (und den Anschein erweckt), ein Intellektueller zu sein. Er ist Regierungsrat, basta; und der Journalist, der ihn vor den letzten Wahlen als den Mann porträtierte, von dem man erwartet, dass er frühmorgens im Büro erscheine, die Hände reibe und sich nach dem umsehe, was es heute zu regieren gebe: er hatte hundertmal recht. So ist Karl Schnyder nun einmal. Bodenständig, auch in der Chefetage der Politik. Und bodenständig

wird er dort schalten und walten, bis dass die nächste Wahl es an den Tag bringt. Unter der Voraussetzung natürlich, dass er sich ihr ein weiteres Mal stellt, und solches steht, seinem eigenen Bekunden zufolge, noch nicht fest. Muss es auch nicht, denn gewählt ist er bis zum 14. Mai 1984, und bis dahin fliesst weiterhin Wasser den Rhein hinunter. Es macht bei Abfassung dieses Berichts (Oktober 1981) sogar den Anschein, als hätten die Sozialdemokraten wieder zueinander gefunden: die sogenannten Linken und die sogenannten Rechten, die sich in der Aktionsgemeinschaft Sozialdemokraten und Gewerkschafter (ASG) zusammengetan haben; jedenfalls überwand die SP ihren Communiqué-Krieg mit der ASG und umgekehrt, und die Suche nach Verständigung ist sichtbar in den Vordergrund getreten. Integration hat Priorität Nummer eins. Nur das Wasser im Rhein. Bevor es in Basel zur Neuwahl der Regierung kommt, werden eine andere Schweizer Stadt und deren von haargenau den gleichen Problemen betroffene SP beispielgebend sein. Bevor es zur Neuwahl in Basel kommt, wird die Führung der SPS einen Programmparteitag zu absolvieren haben. Die Dinge sind im Fluss, noch immer; nur die propagandistisch vom Wellenschlag bedrohten Uferzonen sind besser geschützt als auch schon.

Und es bleibt die Grundsatzfrage, ob es in unserer Demokratie ausser im Ausnahmefall zweckdienlich sei, dass Mitglieder der Exekutive keiner Partei angehören, beziehungsweise, im Fall Basel, dass die SP, gemessen an ihrem Wähleranteil, mit einem einzigen «eingetragenen», mit einem ausgestossenen und mit einem ausgetretenen Regierungsrat in einer Weise vertreten sei, die die politischen Kräfte spielen lassen kann.

Eine Grundsatzfrage? Die Gretchenfrage! Der Wähler wird sie beantworten.



Im Brennpunkt der Auseinandersetzungen:
Regierungsrat
Karl Schnyder,
Vorsteher des
Polizei- und
Militärdepartements.